

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Schick,

Sie haben mir am 6. April diesen Jahres freundlicherweise zu meinem 70. Geburtstag gratuliert und mich gebeten, „weiterhin die Bildungspolitik in Baden-Württemberg aufmerksam zu verfolgen“.

Ich komme dieser Bitte hier gerne nach, zumal ich darin nach 40 Jahren Mitgliedschaft in der GEW schon einige Übung habe.

Meiner Aufmerksamkeit ist es daher nicht entgangen, dass Sie zwar eine freundliche, zugewandte Art haben, aber nichts desto weniger die gleiche Politik machen wie Ihre Vorgänger. Auch die Sprache - Diktion und Wortwahl - bleibt unverändert. Dies ist für mich eine große Enttäuschung.

Ein Beispiel dafür:

Ich war 20 Jahre Lehrer an der **Gesamtschule in Mannheim**. Über die Förderleistung dieser Schule habe ich Ihnen damals in einem Antwortbrief schon berichtet. Dies wiederhole ich hier gerne noch einmal, zumal sich die Daten inzwischen weiter verbessert haben.

- Ich berichtete Ihnen, dass über die **Hälfte der Abiturienten keine Grundschulempfehlung für das Gymnasium** hatte.
- Im diesjährigen Abitur waren das sogar 65%.
- Ein Jahr zuvor machte eine Schülerin mit einer Hauptschulempfehlung das beste Abitur der Schule.

Und weiter:

- Der Anteil der ausländischen Kinder, deren „Förderung“ Ihnen offenbar am Herzen liegt (Punkt 2 der 12 Thesen*, siehe untenstehend), entspricht im Abitur fast dem Ausländeranteil der Stadt. Keine andere Schulart in BW schafft das.

Betrachten Sie dagegen einmal die **„Förderleistung“ der Mannheimer Gymnasien:**

Nach den Unterlagen, die mir zur Verfügung standen - die „Schulstatistik des Fachbereichs Bildung“ der Stadt (10 Bände), sowie der „1. Mannheimer Bildungsbericht 2010“ -, ergibt sich folgendes Bild:

- „Wird die Haltekraft der Mannheimer Gymnasien von der 5. bis zur 13. Jahrgangsstufe anhand einer Alterskohorte betrachtet, ist ein zahlenmäßiger Rückgang von 33% der ursprünglichen Schülerschaft zu verzeichnen.“ (Bildungsbericht 2010, S.11)

Die Zahlen aus der Schulstatistik ergeben, dass der Verlust bei den **ausländischen** Schülern zwischen Klasse 5 und dem Abitur fast 50% beträgt.

- All diese Schülerinnen und Schüler hatten - so steht zu vermuten - eine Grundschulempfehlung für das Gymnasium.
- Das bedeutet: Den Gymnasien der Stadt Mannheim gelingt es nicht einmal, alle **für diese Schulart empfohlenen Schüler** bis zur Hochschulreife zu führen.

Nennen Sie das „Ausschöpfung der Potentiale“?

Die Gesamtschule der Stadt hingegen führt **mehrheitlich** Schüler zum Abitur, die **für ganz andere Schularten empfohlen** waren.

Wenn es Ihnen also ernsthaft darum geht, „...jedes Kind - unabhängig von seiner sozialen Herkunft - ...zum **Ausschöpfen seiner Potentiale** zu ermutigen“ (Punkt 6*), und Sie diese Ermutigung aus dem gegliederten Schulwesen, z.B. aus dem Gymnasium erwarten, dann ist das reichlich optimistisch.

Ganz nebenbei werfen diese Fakten auch ein grelles Licht auf den Wert der Grundschulempfehlung. Aber darum geht es mir hier nicht.

Es geht mir mehr um die **Anerkennung** der Fakten, auch in der Wortwahl. Alles, was ich Ihnen hier geschrieben habe, lässt sich jederzeit überprüfen. Ich übernehme daher als faktenorientierter Mensch die nachweislich **überlegene Förderleistung der Gesamtschule** in meine Argumentation und meinen Sprachgebrauch.

In **Ihrer** Sprache, bzw. der der anderen Verteidiger des gegliederten Schulwesens, wird diese Leistung als die „**Gleichmacherei im Sinne einer Einheitsschule**“ (These 2*) diffamiert.

Auch um die **Leistung** der Abiturienten der Gesamtschule brauchen Sie sich nicht zu sorgen (Punkt 10).

- Natürlich hat die Schule nicht den exakt gleichen Abiturschnitt wie die Gymnasien (2,7 statt 2,4 bzw. 2,6 bei den Beruflichen).
- Dabei ist eben zu berücksichtigen, dass über die Hälfte der Prüflinge dieser Schulart - aus der Weltsicht der Konservativen - eigentlich gar keine Gymnasiasten sind.
- Nehmen Sie den Schnitt der sogenannten Gymnasialschüler alleine, dann verschwindet der Abstand zur Regelschule sofort.

Und damit sind wir wieder bei den Fakten.

Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie erklären: „Entscheidend für die Leistungsfähigkeit der Schüler ist aber - das zeigen Studien sehr eindeutig - primär die Qualität des Unterrichts“ (Punkt 10*).

Welche Rückschlüsse erlaubt dieser richtige Satz aber auf die Qualität des Unterrichts einer Schulart einerseits, die es nicht einmal schafft, sogenannte Gymnasiasten zum Abitur zu führen und andererseits einer solchen, die Schüler mit Haupt- und Realschulempfehlung zur Hochschulreife bringt?

Integrierte Systeme schaffen es, **schwache Schüler zu fördern und starke nicht zu bremsen.**

Es wäre schön, wenn Sie Ihre 12 Thesen* noch einmal einem „Faktencheck“ unterziehen würden.

**Mit freundlichen Grüßen,
Jürgen Leonhardt**

Gesamtschullehrer i.R. Mannheim

***12 Thesen zum differenzierten Schulsystem: Grundsatzpapier der CDU/CSU**

1. "Jeder zählt" ist unser Anspruch

Vom christlichen Menschenbild ausgehend muss die Devise heißen: Jeder zählt! Das ist der Anspruch eines gerechten Schulsystems. Schule leistet durch ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, kann allerdings andere Sozialisationsinstanzen – insbesondere das Elternhaus – nicht ersetzen.

2. Bildungsgerechtigkeit fordert Vielfalt – gleich ist nicht gerecht

Bildungsgerechtigkeit in einer pluralen, demokratischen Gesellschaft basiert auf Vielfalt, nicht auf "Gleichmacherei" im Sinne einer Einheitsschule. Nur dies ermöglicht individuelle, flexible Bildungswege gemäß den jeweiligen Lern- und Leistungsvoraussetzungen, dem unterschiedlichen Entwicklungstempo und den individuellen Neigungen. Der Einzigartigkeit des Einzelnen ist Rechnung zu tragen. Das Bekenntnis zur Individualität bedeutet zugleich, Heterogenität anzuerkennen und wertzuschätzen – nicht zuletzt in der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund. Deshalb streben wir nicht "eine Schule für alle", sondern durch hinreichende Differenzierung die richtige Schule für jeden an. Bildungsgerechtigkeit heißt nicht Gleichheit im Ergebnis und in der Struktur.

3. Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung

Die Angebote in der allgemeinen und der beruflichen Bildung haben jeweils einen spezifischen Ansatz und eine spezifische Orientierung. Naturgemäß sind sie deshalb nicht gleichartig, wohl aber gleichwertig. Diese Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung muss im breiten gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden – auch weil unsere hoch differenzierte Gesellschaft gleichermaßen auf Fachkräfte aus dem akademischen und dem berufspraktischen Bereich angewiesen ist. Es darf zu keiner Diskriminierung der beruflichen Bildung gegenüber der Allgemeinbildung kommen. Mit Blick auf gewandelte Herausforderungen der Arbeitswelt muss nun konsequent an einer Modernisierung der beruflichen Bildung gearbeitet werden. Erforderlich ist die Eindämmung der anhaltenden Überspezialisierung bei den Ausbildungsberufen, z. B. durch die konsequente Schaffung von Berufsgruppen. Nur so können angesichts des schnellen Wandels in Berufsbildern und Wirtschaftsbereichen Mobilität und Zukunftsfähigkeit ermöglicht werden. Nur so kann der Fachkräftebedarf auch angesichts des demografischen Wandels gesichert werden.

4. Kein Abschluss ohne Anschluss

Verantwortungsbewusste Schulpolitik setzt gleichermaßen auf ein klar strukturiertes, differenziertes Schulsystem wie auf Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit. Möglichkeiten der Gestaltung des individuellen Bildungsweges müssen in der Schullaufbahn- und Bildungsberatung mit Schülern und Eltern immer wieder besprochen werden. Sackgassen darf es nicht geben. In einem differenzierten, leistungsorientierten Bildungssystem mit vielfältigen Anschlussmöglichkeiten und in einer Zeit, in der lebenslanges Lernen gefordert ist, sind sowohl für den beruflichen als auch für den privaten Erfolg des Einzelnen sein Wissen und seine Fähigkeiten ausschlaggebender als die zunächst besuchte Schulart.

5. Wissen - Kompetenzen - Werte als solide Basis

Ganzheitliche Bildung und Erziehung in einer demokratischen Gesellschaft muss auf die Trias Wissen - Kompetenzen - Werte orientieren. Dieser Dreiklang ermöglicht Persönlichkeitsentwicklung, Eigenverantwortung und verantwortungsbewusste Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben. Der Erwerb von inhaltsbezogenem, flexibel nutzbarem und anschlussfähigem Wissen – auch als solide Basis für weiteres lebenslanges Lernen - ist dabei

fundamental und durch nichts zu ersetzen, auch nicht durch allgemeine Kompetenzen. Die sukzessive, systematische Entwicklung von Methoden- und Sozialkompetenz ist Grundlage für weiteres Lernen und befähigt dazu, neue Anforderungen zu bewältigen. Werteorientierung ist zentral sowohl hinsichtlich der Ausbildung individueller Werte als auch hinsichtlich der Vermittlung demokratischer Grundwerte. Zielperspektive sind in gleicher Weise Selbstbestimmungsfähigkeit und Gemeinschaftsfähigkeit. Werteerziehung im schulischen Kontext gelingt dann, wenn sich das Wissen über Werte einerseits und die konkrete Erfahrung von Werten andererseits gegenseitig durchdringen.

6. Fordern und Fördern gehören zusammen

Die Verbindung von Fördern und Fordern sowie eine klare Leistungsorientierung müssen weiterhin Maßstab bleiben. Gute Bildungspolitik ist präventive Sozialpolitik. Bildung ist ein aktiver Prozess. Für den Bildungserfolg des Einzelnen ist deshalb seine Bereitschaft sich anzustrengen, ein entscheidender Faktor: Es muss bewusst gemacht werden, dass man Bildung nicht planmäßig produzieren kann, sondern dass es ganz wesentlich vom Engagement des Einzelnen abhängt, inwiefern die Chancen, die von Seiten des Staates ermöglicht werden, genutzt werden. Hier sind sozialstaatlicher Fürsorge deutliche Grenzen gesetzt. Aufgabe von Schule – und Gradmesser von Bildungsgerechtigkeit – ist es, jedes Kind – unabhängig von seiner sozialen Herkunft – in seiner Leistungsentwicklung zu unterstützen und es zum Ausschöpfen seiner Potentiale zu ermutigen. Natürlich müssen leistungsschwache Schüler gestärkt werden, aber darüber darf man nicht vergessen, dass hochbegabte Schüler den gleichen Förderanspruch haben. Die systematische und kontinuierliche Begabtenförderung ist auch wichtig für die Förderung von Leistungs- und Verantwortungseliten, die unser Land braucht.

7. Schule als Lern- und Erfahrungsraum: Mehr als den ganzen Tag Unterricht

Für alle Schüler, ob leistungsstark oder leistungsschwach, gibt der bedarfsgerechte, an Qualitätskriterien orientierte Ausbau von ganztags schulischen Angeboten wichtige zusätzliche (Förder-) Impulse. Zugleich ermöglicht er weitergehende Erfahrungen und Aktivitäten. Dies gilt nicht nur für bildungsbenachteiligte Kinder. Wichtig ist, dass derartige Angebote nicht von oben als "Zwangsbeglückung" oktroyiert werden, sondern entsprechende pädagogische Konzepte, in Abstimmung mit den Beteiligten vor Ort, den Bedarfen und Möglichkeiten entsprechend entwickelt und umgesetzt werden. Außerdem müssen alle Chancen genutzt werden, sich mit außerschulischen Partnern vor Ort wie Vereinen und Institutionen zu vernetzen. Jede einzelne Schule kann dadurch auch ihr Schulprofil weiter akzentuieren und ausprägen.

8. Kinder mit und ohne Behinderungen: Jeder zählt!

Alle haben ein Recht auf schulische Bildung, denn Bildung ist Schlüssel zu Selbstbestimmung und aktiver gesellschaftlicher Teilhabe. Das Wohl von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung muss gleichermaßen berücksichtigt werden. Das wiederum stellt hohe Anforderungen an professionelle Diagnostik, Beratung und schulische Förderung. So ist die sonderpädagogische Förderung konsequent weiter zu entwickeln und im Regelschulsystem auszubauen. Sie soll auch allgemein in der Lehrerbildung verankert und die vorhandene Profilierung und Professionalität der Förderzentren systematisch genutzt werden. Ausgehend von einer Vielfalt der Förderorte mit differenzierten Angeboten heißt dies, dass der Lern- und Förderort sowohl im Regelschulsystem als auch an einer Förderschule sein kann. Dies ist mit Blick auf das Ziel größtmöglicher Selbstständigkeit des Einzelnen und seiner Partizipation am beruflichen und gesellschaftlichen Leben jeweils im Einzelfall zu entscheiden.

9. Verlässlichkeit und Berechenbarkeit statt Dauerbaustelle Schulreform

Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sowie Kontinuität sind für alle Beteiligten von elementarer Bedeutung. Sie sind zentral für die Glaubwürdigkeit von Schulpolitik und für erfolgreiches

Handeln vor Ort. Schüler und Lehrer – aber auch Eltern – dürfen nicht Opfer schulpolitischen Experimentierens und ideologischen Taktierens sein.

10. Ressourceneinsatz für Qualitätsverbesserung statt für Strukturmaßnahmen

Schulische Qualitätsverbesserung, insbesondere Unterrichtsentwicklung, hat klaren Vorrang vor Strukturdebatten. Strukturänderungen um ihrer selbst willen verschwenden Zeit und Ressourcen und verunsichern alle Beteiligten. Außerdem erfordern sie neue Investitionen in Ausstattung und Schulhausbau. Steuermittel, die hierfür verwendet werden, stehen folglich nicht mehr für qualitätssichernde Maßnahmen zur Verfügung. Entscheidend für die Leistungsfähigkeit der Schüler ist aber – das zeigen Studien sehr eindeutig – primär die Qualität des Unterrichts. Deshalb wird es darauf ankommen, aus dem demografischen Wandel und dem Rückgang der Schülerzahlen eine pädagogische Rendite zu erzielen.

11. Vergleichbarkeit und Mobilität müssen weiter gesichert werden

Qualitätssicherung durch Vergleichbarkeit heißt, den Weg der Formulierung klarer Anforderungen und verbindlicher Standards sowie der Transparenz und verbindlicher Rechenschaftslegung durch zentrale Prüfungen und bundesweite Vergleichsarbeiten konsequent weiter zu beschreiten. Abschlussbezogene Bildungsstandards als gemeinsamer Referenzrahmen in den Kernfächern sind eine wesentliche Voraussetzung für Mobilität und Anschlussfähigkeit innerhalb Deutschlands. Und sie sind zugleich Voraussetzung für die Akzeptanz des Bildungsföderalismus, d. h. den Wettbewerb verschiedener Wege zu einem gemeinschaftlich definierten Ziel. Zentrale Prüfungen, die sich an gemeinsamen Bildungsstandards orientieren und bundesweite Vergleichsarbeiten sind damit auch ein wesentliches Instrument, um zu länderübergreifender Kompatibilität zu gelangen.

12. Bildung ist mehr als Schule

Bildung ist mehr als Schule. Der Staat ist nicht allein für Bildungschancen und den Ausgleich von Bildungschancen verantwortlich. Damit Bildung erfolgreich sein kann, müssen Eltern und andere Akteure vor Ort zusammenwirken. Die aktive Vernetzung von Schule mit ihrem Umfeld, insbesondere mit Kirchen, kulturellen und sozialen Einrichtungen, Vereinen und der Wirtschaft ist entscheidend. Dabei wird der Gedanke der Subsidiarität auch im Kontext von Schule zunehmend wichtiger.

Dr. Ludwig Unger, Pressesprecher des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus